

# Landtagswahl 05: KPÖ – Ernest Kaltenegger wählt Eine ganz wichtige Stimme für unser

## Sozialpolitik statt Eventpolitik

- Einführung eines steirischen Sozialpasses mit dem einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zu Sozialleistungen erleichtert wird und der auch zum ermäßigten Besuch von Kultur- und Sportveranstaltungen berechtigt.
- Abschaffung der Rückzahlungspflicht für Sozialhilfeempfänger.

## Für sozialen Wohnbau

- Offensive zum Bau leistbarer Mietwohnungen. Um dies gewährleisten zu können, darf es zu keiner zweckfremden Verwendung der Wohnbauförderungsmittel kommen.
- Ziel einer sozialen Wohnbau-politik sollten Wohnungen sein, die sich berufstätige Mieterinnen und Mieter auch ohne Wohnbeihilfe leisten können.
- Volle Einbeziehung der Betriebskosten in die Wohnbeihilfe. Rücknahme der seinerzeitigen Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe des Landes.

## Sicherung von Ar- beitsplätzen und Er- halt des öffentlichen Eigentums

- Der Privatisierung von öffentlichem Eigentum folgt sehr oft der Verlust von Arbeitsplätzen und eine Verschlechterung bei Dienstleistungen für die Bevölkerung. Außerdem bedeutet beispielsweise die Auslagerung von Immobilien und deren Rückmietung durch das Land eine Verschärfung der Probleme bei der Budgeterstellung.
- Um die Arbeitslosigkeit wirkungs-

voll zu bekämpfen, fordern wir auch die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der Aufgaben übernimmt, die weder von privater Seite noch vom öffentlichen Dienst ausreichend wahrgenommen werden – beispielsweise in den Bereichen Altenpflege, Umwelt und Kultur.

- Keine Privatisierung der KAGES
- Keine Privatisierung der Wasserversorgung.
- Schaffung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten in allen steirischen Regionen. Betriebe, die selbst keine



**Ernest Kaltenegger**  
*„Es besteht Bedarf an einer Arbeiterpartei im Landtag, die ausspricht, was die anderen verschweigen“.*

Lehrlinge ausbilden, müssen gesetzlich dazu verpflichtet werden, in einen Fonds zur Finanzierung dieser Lehrwerkstätten einzuzahlen.

- Nutzung des Holzreichtums der Obersteiermark für industrielle Zwecke. Schaffung eines Leitbetriebes in öffentlichem Eigentum.

## Für den Schutz der Grazer Altstadt.

- Novellierung des Grazer Altstadt-erhaltungsgesetzes, um den Bestand

der historischen Gebäude zu sichern und eine willkürliche Vernichtung der Bausubstanz zu verhindern.

## Bessere Kinderbetreuung

- Gesetzliche Verpflichtung für Handelsketten, Betriebskindergärten einzurichten. Flächendeckende Schaffung kostenloser Kinderbetreuungseinrichtungen und Schülerhorten.

## Bildung

- Freier Hochschulzugang ohne Studiengebühren.
- Demokratische und autonome Universitäten statt Auslieferung des Bildungswesens an die Interessen der Konzerne.

## Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit

- Abschaffung der Landesumlage für die Gemeinden.
- Öffentliche Dienstleistungen in öffentlichem Eigentum erhalten. Nein zur Bolkestein-Richtlinie der EU!

## Abschaffung der Politikerprivilegien

- Schluss mit allen Politikerprivilegien! Koppelung der Politikerbezüge an ein noch zu schaffendes gesetzliches Mindesteinkommen (z.B. Euro 1.100 im Monat).
- Der höchste Politikerbezug (Bundespräsident, Bundeskanzler) darf das Zehnfache dieses Mindestlohnes nicht überschreiten.

## Gesundheit

- Förderung von regionalen sozialmedizinischen Gesundheitszentren.
- Mehr Frauenärztinnen mit Kassenverträgen.
- Befreiung vom Selbstbehalt beim Spitalsbesuch, auch für mitversicherte Angehörige von Personen, die von der Rezeptgebühr befreit sind.

## Kultur

- Kultur darf in der Steiermark nicht dem Tourismus untergeordnet werden. Für demokratischen Zugang zu Kunst und Kultur
- Unabhängige Kulturinitiativen in allen Bezirken sollen vom Land unterstützt werden.

## Regionalplanung

- Frauen- und familiengerechte Regionalplanung (mehr Grünflächen in Wohnanlagen, Kinderspiel- und Sportplätze, Nahversorgungsnetz usw.)
- Maßnahmen gegen die weitere Zersiedelung des ländlichen Raums.
- Keine Genehmigung weiterer Einkaufszentren auf der grünen Wiese zu Lasten der Nahversorgung.

## Verkehr

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs statt neuer Autobahnen.
- S-Bahn-Verbindungen von Graz in die nahegelegenen Regionen.
- Finanzierung des Verkehrsverbundes durch eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmer.
- Rasche Realisierung des Semmering-Basistunnels.

*Die Steiermark hat sich  
eine bessere Zukunft verdient.*